



### Die Energiepolitik der Weltbank:

## Eine klima- und entwicklungspolitische Katastrophe

04/2006

Die Energiefrage steht ganz oben auf der Tagesordnung internationaler Debatten. Wirtschaftswachstum ist (zumindest bisher) nicht ohne steigenden Energieverbrauch zu erzielen und die Verknappung des verfügbaren Erdöls, des Schmierstoffs der Weltwirtschaft, führt zu steigenden Energiepreisen, Inflationsdruck und auch bald zu Versorgungsengpässen. Die Sicherung ausreichender Energiequellen ist deshalb gerade für Industrieländer und die stark wachsenden Schwellenländer wie China und Indien ein zentrales strategisches Problem.

Doch zugleich werden auch die verheerenden klimapolitischen Folgen der derzeitig dominanten Form der Energiegewinnung deutlich, die das ungebremsste Wachstum der globalen Wirtschaft bisher möglich gemacht hat. Dass die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas die wichtigste Ursache des Treibhauseffekts ist, wird mittlerweile allgemein anerkannt und unterstreicht somit auch die außerordentliche klimapolitische Relevanz der globalen Energiepolitik.

Auch in der Entwicklungspolitik spielt Energie eine wichtige Rolle. Insgesamt 1,6 Mrd. Menschen haben keinen Zugang zu Elektrizität, die zum Heizen, Kochen, Wasser Pumpen, für Beleuchtung sowie zum Betreiben kleiner Maschinen oder Getreidemühlen notwendig ist. Der Ausbau der Energieversorgung ist somit zur Bekämpfung von Armut und Hunger und der Erreichung der Millenniums-entwicklungsziele (MDGs) unerlässlich. Die entwicklungspolitische Relevanz der Energiegewinnung wird jedoch auch vor dem Hintergrund deutlich, dass die Kosten der globalen Umweltveränderungen vor allem von den ärmsten Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern getragen werden müssen – obwohl die Industrieländer die Hauptverursacher des raschen Klimawandels sind.<sup>1</sup>

In zunehmendem Maße setzt sich vor diesem Hintergrund zu Recht die Erkenntnis durch, dass die Zukunft der Energieversorgung in Erneuerbaren Energien liegt und die dazu erforderliche Umsteuerung dringend überfällig ist. Erneuerbare Energien verbinden auf einzigartige Weise Klimaschutz und Armutsbekämpfung, da sie keine zusätzlichen Treibhausgase produzieren und eine für die Bedürfnisse der armen Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern ausreichende Menge an Energie dezentral und effizient zur Verfügung stellen.

Doch trotz aller Bekenntnisse zu einer ‚nachhaltigen Energieversorgung‘ – wie sie im G8-Aktionsplan (s. Kasten) beispielhaft zu finden ist – wird die Globalisierung des fatalen Wachstumsmodells, das auf Energiegewinnung durch fossile Brennstoffe setzt, weiterhin ungebremsst vorangetrieben – mit all seinen katastrophalen Begleiterscheinungen: Umweltverschmutzung, ökonomische Fehlentwicklung und Armutsproduktion. Mit ihren Aktivitäten im Aufbau der Energieversorgung in Entwicklungsländern sowie im Klimaschutz spielt die von den Industrieländern dominierte Weltbank in diesem Kontext eine unrühmliche Rolle.

### *Die strategische Ausrichtung der Weltbank im Energiesektor*

Die Weltbank ist seit den 1990er Jahren zunehmend um ihr ‚grünes Image‘ bemüht und reklamiert für sich eine zentrale Rolle in der globalen Umwelt- und Klimapolitik. So ist sie seit 1991 z.B. als wichtigste Trägerorganisation in globalen Programmen wie der *Global Environment Facility*<sup>2</sup> engagiert und damit offiziell an der Umsetzung der Klimaschutzrahmenkonvention der Vereinten Nationen beteiligt. Zusätzlich ist sie mit dem *Clean Development Mechanism* und *Joint Implementation*<sup>3</sup> auch bei der Um-

<sup>1</sup> Welt im Wandel: Armutsbekämpfung durch Umweltpolitik, hg. vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung zu Globalen Umweltveränderungen (WBGU), Berlin 2005, S. 273.

<sup>2</sup> Die Global Environmental Facility verwendet etwa 40 Prozent ihrer Mittel zur Bekämpfung des Treibhauseffektes.

<sup>3</sup> Mit diesen beiden Instrumenten können Regierungen und Unternehmen aus OECD-Ländern Projekte in Entwicklungsländern durchführen, die dort zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen führen. Diese Reduzierungen können dann auf die begrenzte Menge der Emissionsrechte der jeweiligen Regierung oder Firma in den OECD-Ländern angerechnet werden.

setzung des Kiotoprotokolls tätig. 2005 wurde sie ferner von den G8-Staaten mit einer führenden Rolle beim Aufbau einer „sauberen“ Energieversorgung in südlichen Ländern betraut (s. Kasten).

Die Weltbank reklamiert für sich auch, mit ihrer eigenen Kreditvergabe einen wichtigen Beitrag zur ‚nachhaltigen Entwicklung‘ in Entwicklungsländern zu leisten. Bereits 2004 hatte die Bank auf der Erneuerbare-Energien-Konferenz in Bonn das Versprechen abgegeben, bis 2009 ihre Ausgaben im Bereich Regenerative Energie (ohne Wasserkraftwerke über 10 MW) und Energieeffizienz jährlich um 20 % zu steigern.

Auch ein Blick auf die Strategiepapiere der Weltbank im Energiesektor lässt das Bekenntnis zum Klimaschutz erkennen, bei den gewählten Prioritäten fehlt jedoch die klimafreundliche Akzentuierung:

*„Use of modern energy (electricity, natural gas, petroleum products and coal) is strongly related with economic growth and with human development – in health, education, and life expectancy. Countries that do not use modern forms of energy efficiently cannot realize their potential for creating wealth nor lift their populations out of poverty.“<sup>4</sup>*

Bei der Wahl der Energieträger sowie bei der Verwendung der Energie werden klare Schwerpunkte gesetzt: fossile Energie soll dem Wachstumsprozess zur Verfügung gestellt werden, um dann Armut zu reduzieren. Dabei ist es hinlänglich bekannt, dass Wachstum keinesfalls automatisch zur Armutsreduzierung beiträgt. Zwischen 1990 und 2001 trugen bei einer Steigerung des weltweiten Pro-Kopf-Einkommens von jeweils US-\$ 100 nur etwa US-

\$ 0,60 zu einer Reduzierung des Bevölkerungsanteils bei, die von weniger als 1 US-\$ pro Tag leben müssen, also von genau denjenigen, auf die sich die Millenniumsziele beziehen.

Sehr viel stärker ist dafür die Korrelation, die sich zwischen dem Wachstum der Weltwirtschaft und dem Ausstoß von Treibhausgasen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe feststellen lässt – ein Prozess, den der Ökonom Herman Daly auch als „Uneconomic Growth“, also als ‚unwirtschaftliches Wachstum‘ bezeichnet, weil die negativen (aber monetär schwer messbaren) Effekte des Wachstums die positiven übersteigen.<sup>5</sup>

### „Big Business“: Die Energieinvestitionen der Weltbank

#### Problem Nr. 1: Nebelkerzen statt Klimaschutz

Wird die Aufteilung der Investitionen auf die verschiedenen Sektoren betrachtet, wird deutlich, dass der vermeintliche Klimaschutz sich weitestgehend als Rhetorik entpuppt. Zur Weltbank-Energy Week im März 2006 brüstete sich Weltbankpräsident Paul Wolfowitz zwar damit, dass die Bank ihr Versprechen von 2004 auf der Erneuerbare-Energien-Konferenz in Bonn zur jährlichen Steigerung der Ausgaben für Erneuerbare Energien um 20% mehr als eingehalten hätte:

*“We are on track to achieve this goal. In FY05, Bank Group commitments for renewable energy and energy efficiency were \$748 million in forty projects in 28 countries. That’s more than double our commitments in the previous year.“<sup>6</sup>*

### Der G8-Aktionsplan von Gleneagle und die Weltbank

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel 2005 im schottischen Gleneagles ersuchten die führenden Industrienationen die Weltbank, eine führende Rolle im Klimaschutz zu übernehmen. Dies soll folgende Aktivitäten enthalten:

- Stärkerer Dialog mit Entwicklungsländern über Energiefragen.
- Schaffung eines Investitionsrahmens für sauberere und effizientere Energieerzeugung und -nutzung.
- Ausbau der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, die einen hohen Energieverbrauch aufweisen, um weniger treibhausgasintensive Wachstumspfade zu entwickeln. Dies soll sich auch in den Country Assistance Strategies der Weltbank niederschlagen.
- Entwicklung und Finanzierung rentabler Projekte, die Energieeffizienz und treibhausgasarme Energiequellen fördern.
- Ausbau der Globalen Partnerschaft zur Reduzierung des Abfackelns von Gas (Abfallprodukt der Ölförderung und -verarbeitung).
- Entwicklung von Leitlinien für Investitionen in klimasensiblen Sektoren, um festzustellen, inwieweit die Durchführung von Projekten in diesem Bereich durch klimatische Risiken beeinträchtigt werden könnte.

Festzuhalten ist, dass die G8-Staaten fossilen Energieträgern weiterhin eine wichtige Rolle zubilligen, und dass sie marktbasiertere Lösungen des Klimaproblems bevorzugen. Dies spiegelt sich auch in der Politik der Weltbank wider. Die Umsetzung des „G8-Auftrags“ wird auch auf der Frühjahrstagung 2006 auf der Agenda stehen.

Quelle: Climate Change, Energy and the World Bank. Status Report on Follow-Up to the G-8 Plan of Action on Climate Change, DC2005-0019, hg. v. Development Committee 2005, S. 2.

<sup>4</sup> Poverty Reduction, Sustainability and Selectivity, hg. v. The World Bank Group, Energy and Mining Sector Board, Washington 2001, S. 5.

<sup>5</sup> David Woodward, Andrew Simms, Growth isn't Working. The unbalanced distribution of benefits and costs from economic growth, hg. v. The new economics foundation, London 2006, S. d u. S. 2.

<sup>6</sup> Keynote Address at Energy Week by President Paul Wolfowitz, World Bank Group, March, 6, 2006.

Was vielversprechend klingt, ist bei der Weltbank jedoch immer mit Vorsicht zu genießen. Es stimmt zwar, dass die Weltbankgruppe (WBG) im Geschäftsjahr 2005 insgesamt 748 Mio. US-\$ für erneuerbare Energien und Energieeffizienz ausgegeben hat. Davon entfallen aber lediglich 212 Mio. US-\$ auf den Bereich der so genannten „new“ Renewables, also auf Biogasanlagen, Solarzellen und Windkraftanlagen.

Weitere 87 Mio. US-\$ entfallen auf Projekte zur Energieeffizienz. Beide Bereiche erfuhren damit eine Steigerung von 10 bzw. 30%. Die restlichen 449 Mio. US-\$ wurden für Wasserkraftwerke mit einer Kapazität von mehr als 10 MW verwendet, was gegenüber dem Geschäftsjahr 2004 einer Steigerung von sattem 450% entspricht.<sup>7</sup> Wolfowitz bezieht diese Ausgaben für Großkraftwerke mit ein und rechnet sich damit seine Erfolgsmeldung schön. Denn die Selbstverpflichtung der Weltbank lautete eindeutig, Wasserkraftwerke mit mehr als 10 MW nicht als Steigerung im Bereich Erneuerbare Energien geltend zu machen.

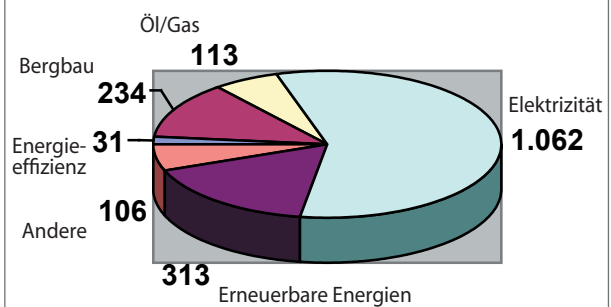
*“The recent Bonn Renewable Energy 2004 Conference, confirmed that all forms of hydro should be considered renewable and the WBG will continue to support large hydro projects. However, we will aim to grow our commitments to investments in energy efficiency and “new” renewable energy (defined for this purposes as only including hydro of 10 MW or smaller) by 20 percent annually over the next five years.”<sup>8</sup>*

Wasserkraft gilt zwar generell als erneuerbarer Energieträger, große Staudämme sind aber wegen ihrer oftmals katastrophalen ökologischen (z. B. Zerstörung von Biotopen, massive Verschlechterung der Wasserqualität) und sozialen Folgen (z.B. Zwangsumsiedlungen und Menschenrechtsverletzungen), wie sie die Weltstaudammkommission<sup>9</sup> im Jahr 2000 beschrieben hatte, schon lange höchst umstritten. Großkraftwerke sind deshalb kein Beitrag zum Klimaschutz, weil in Stauseen durch die Überschwemmung von Auwald

Verrottungsprozesse in Gang gesetzt werden, bei denen große Mengen der Treibhausgase Kohlendioxid und Methan entstehen, die durch den Druckabfall frei gesetzt werden, wenn das Wasser den Stausee durch die Turbinen verlässt. Dieser Effekt lässt sich vergleichen mit dem Öffnen einer Sektflasche, die vorher geschüttelt wurde. Die Schädigung des Klimas ist dabei teilweise um ein mehrfaches größer als durch die Emissionen eines Kohlekraftwerks mit vergleichbarer Kapazität.<sup>10</sup>

Doch der Versuch von Paul Wolfowitz, der Weltbank ein grünes Image zu verpassen, wird noch weniger glaubwürdig, wenn man die von ihm genannte Zahl für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (748 Mio. US-\$) mit denen vergleicht, die auf der Homepage der Weltbank für diesen Bereich aufgeführt werden: Dort sind es nämlich lediglich 344 Mio. US-\$. Im Vergleich dazu ist interessant, dass der weitaus größte Teil der Ausgaben der Bank im Energiesektor mit 1,062 Mrd. US-\$ auf den Bereich Elektrizität fällt – sprich, auf herkömmliche Kraftwerke, Transformatoren und Hochspannungsleitungen (siehe Grafik).

Das Energieportfolio der Weltbank (IBRD und IDA) 2005 in Mio. US-\$



Quelle: World Bank, Energy – Portfolio at a Glance, auf: <http://web.worldbank.org>

### Das Energieportfolio der Weltbank (IBRD und IDA) 2005

Das Energieportfolio der Weltbank (IBRD und IDA) beläuft sich im Geschäftsjahr 2005 auf 1,858 Mrd. US-\$. Werden auch die International Finance Corporation (IFC) und die Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA) hinzugenommen, ergeben sich 2,86 Mrd. US-\$.

Quelle: World Bank, Energy – Portfolio at a Glance, auf: <http://web.worldbank.org>.

Siehe auch: Power Failure: How the World Bank is Failing to Adequately Finance Renewable Energy for Development, hg. von Friends of the Earth – United States, Washington 2005, S. 13.

<sup>7</sup> World Bank Group Progress on Renewable Energy and Energy Efficiency: Fiscal Year 2005, hg. vom Energy and Mining Sector Board, S. 4.

<sup>8</sup> World Bank Group Management Response to the EIR-Report: Striking a Better Balance – The World Bank Group and Extractive Industries: The Final Report of the Extractive Industries Review, Washington 2004.

<sup>9</sup> Dams and Development. A new Framework for Decision-Making, hg. von der World Commission on Dams, London 2000.

<sup>10</sup> Patrick McCully, Tropical Hydropower is a significant source of Greenhouse Gas Emissions: A Response to the International Hydropower Association, hg. v. International Rivers Network, Berkeley 2004, S. 5.

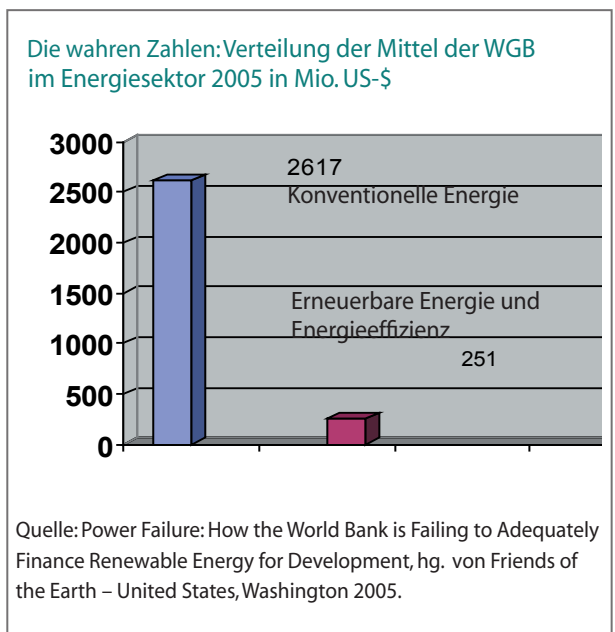
Doch das Verwirrspiel geht weiter, denn die Weltbank hat noch eine andere Zahl für ihre Investitionen in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in petto: In ihrem Bericht Progress on Renewable Energy and Energy Efficiency für 2005 nennt sie Ausgaben von 299 Mio. US-\$.<sup>11</sup>

Doch auch diese Angabe ist mit Vorsicht zu genießen, wenn es um eine Überprüfung der Einhaltung der auf der Erneuerbare-Energien-Konferenz in Bonn gegebenen Versprechen geht. Laut Angaben der NGO Friends of the Earth US liegt diese Zahl nochmal niedriger, nämlich bei 251 Mio. US-\$. Nachdem sie das Energieportfolio der Bank für 2005 gründlich unter die Lupe genommen hatten, rechneten sie zwei Projekte aus der Zahl raus, die nicht der Finanzierung Erneuerbarer Energien bzw. von Energieeffizienz dienten. Nach Meinung von FOE US sollten diese Projekte aus diesem Grund auch nicht als ‚Erneuerbare Energien Projekte‘ klassifiziert werden.<sup>12</sup>

So zeigt sich, dass die Bank zwar auch nach genauerer Inspektion ihrer wirren Zahlenpolitik ihr Versprechen einer 20 prozentigen Steigerung pro Jahr knapp erfüllt hat. Dies ist allerdings bei dem niedrigen Basiswert von 209 Mio. US-\$ pro Jahr auch nicht schwer und bleibt weit hinter dem Notwendigen zurück. Die enorme Steigerung bei den großen Staudämmen zeigt allerdings einmal mehr die klimafeindlichen Prioritäten der Bank.

**Problem Nr. 2: Elektrizität für Unternehmen statt für die arme Bevölkerung**

Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Energieinvestitionen der Weltbank vor allem in die Schaffung einer zentralisierten Energieversorgung in Entwicklungsländern fließen, von deren Aufbau vor allem große Unternehmen aus OECD-Staaten profitieren.



Durch eine solche zentralisierte Energieversorgung entstehen Märkte, in denen Dienstleistungsmonopole Strom an VerbraucherInnen über ein teures, ineffizientes Leitungsnetz (Verlust je nach Höhe der Spannung zwischen 1,5 und 6 % auf 100 km) bereitstellen. Dabei entsteht eine dauerhafte Abhängigkeit der VerbraucherInnen vom Versorger.

Bei einer dezentralen Energieversorgung würden demgegenüber separierte kleine Stromnetze mit geringem Verlust gebaut. Hier könnte der ohnehin geringe Strombedarf der armen Bevölkerung mittels Kleinstwasserkraftwerken, Biogasanlagen, Windkraft oder Solarzellen mit Strom aus Umgebungenergie gedeckt werden. Weder wären großen Baumaßnahmen dafür nötig, noch der aufwändige und ebenfalls mit zahlreichen ökologischen und sozialen Konsequenzen verbundene Rohstoffabbau. Hierdurch würden auch teure Rohstoffimporte entfallen.

Der zentrale qualitative Unterschied zu einer zentralisierten Energieversorgung besteht auch darin, dass bei einer dezentralen Versorgung keine Abhängigkeit von einem Strommarkt entsteht, ländliche Kommunen könnten sich autonom mit Strom aus demokratisch verwalteten Kleinkraftwerken versorgen. So ermöglicht z.B. die Verwendung von Solar-Home-Lösungen, also kleinen Solarzellen ohne Netzeinspeisung, ein „autonomes Stromverbrauchen“. Dies würde allerdings fundamental mit der Marktideologie der Weltbank kollidieren, die mit ihrer Infrastrukturpolitik wie auch ihren Strukturanpassungsmaßnahmen versucht, Marktstrukturen zu schaffen, um bisher weitestgehend unerschlossene Regionen an den Weltmarkt zu koppeln.

Ein starkes Engagement der Weltbank für eine dezentrale Energieversorgung ist vor diesem Hintergrund sehr unwahrscheinlich. Sie fördert zwar durchaus auch innovative Projekte in diesem Bereich, jedoch nur in einem geringen Umfang. Der Großteil der finanziellen Mittel fließt weiterhin in einige teure Großprojekte wie das El Tebbin Power Project in Ägypten (259,6 Mio. US-\$), bei dem mit Weltbankmitteln zwei Gaskraftwerke mit jeweils 350 MW gebaut werden, oder große Staudammprojekte in China (Fifth Inland Waterways Project mit 100 Mio. US-\$ 88 MW, Yixing Pumped Water Project mit 145 Mio. US-\$ für 2x250 MW) oder Laos (Laos Nam Theun 2 Project mit Garantien in Höhe von 40 Mio. US-\$ für 681 MW).

**Problem Nr. 3: Strategische Rohstoffsicherung statt Armutsbekämpfung**

*Extractive Industries Review (EIR): Falsche Prioritäten für Kohle, Öl und Gas*

Die Weltbank hatte im Jahr 2000 einen längeren Konsultationsprozess angestoßen, um die Frage zu erörtern, ob, und wenn ja, welche Rolle die Weltbank im Bereich der

<sup>11</sup> World Bank Group Progress on Renewable Energy and Energy Efficiency: Fiscal Year 2005, hg. vom Energy and Mining Sector Board, S. 4.

<sup>12</sup> Power Failure: How the World Bank is Failing to Adequately Finance Renewable Energy for Development, hg. von Friends of the Earth – United States, Washington 2005, S. 12. Vgl. Friends of the Earth, Note of Clarification on Renewable Energy and Energy Efficiency Calculations, Washington December 2005.

Rohstoffindustrie spielen könne und solle. Dabei ging es insbesondere um die Förderung, den Transport und die Verarbeitung von Öl, Kohle und Gas, aber auch chemischer Grundstoffe, also hauptsächlich energiepolitisch wichtiger Rohstoffe, die auch eine hohe klimapolitische Relevanz haben.

Das im Extractive Industries Review (EIR) von 2004 festgehaltene Ergebnis war, dass die Bank unter sehr strenger Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards noch eine Rolle in der Finanzierung von Rohstoff extrahierenden Projekten spielen könne. Im Hinblick auf die Gefahren des Treibhauseffektes war eine wichtige Empfehlung der Studie allerdings, dass die Bank bis 2008 aus der Finanzierung von Kohle- und Erdölprojekten aussteigen solle, Erdgasprojekte als Übergangslösung unterstützen solle, aber vor allem massiv den Ausbau erneuerbarer Energiequellen vorantreiben solle.

Die Weltbank lehnte aber genau diese Forderung nach einem Ausstieg aus dem Ölgeschäft ab, mit der Begründung, dass sie bei einer Beteiligung an solchen Projekten weiterhin Einfluss auf die umwelt- und sozialverträgliche Ausgestaltung solcher Projekte nehmen könne. Angesichts der katastrophalen sozialen und ökologischen Konsequenzen des Weltbankengagements im Rohstoffsektor ist dieses Argument jedoch wenig überzeugend. Auch ist dieser Kurs eindeutig keine Lösung im Sinne der Klimaschutzrahmenkonvention. Dass die Nutzung fossiler Brennstoffe zum Klimawandel (mit gerade für arme Länder sehr gravierenden Folgen<sup>13</sup>) beiträgt, wird dabei zwar zur Kenntnis genommen und die Antwort des Bankmanagements auf den EIR-Bericht nennt auch die Notwendigkeit, Erneuerbare Energien voranzubringen. Aber die Konsequenz, dass fossile Brennstoffe nicht mehr gefördert werden sollten, wird daraus nicht gezogen.<sup>14</sup>

### *Die Öl- und Gasförderung der Weltbank: In wessen Interesse?!*

Infrastrukturinvestitionen der Weltbank fließen im Rohstoffsektor hauptsächlich in Pipelines und Anlagen zur Öl- und Gasförderung, was weniger den Bedürfnissen der armen Bevölkerung zu Gute kommt, sondern vor allem die Sorge um die Knappheit auf den Internationalen Ölmärkten widerspiegelt, die die energiehungrigen Industrienationen mit wachsender Sorge betrachten.

Wessen Interessen die Weltbank in der Energiepolitik tatsächlich vertritt, zeigen zahlreiche Untersuchungen aus dem Bereich der Öl- und Gasförderung: Von den Projekten, die die Weltbank fördert, profitieren vor allem ausländische Konzerne. Die Verschuldung steigt in den betroffenen Ländern in der Regel stärker an, als in Ländern, in denen keine Entwicklung des Öl- und Gassektors durch die Weltbank finanziert wurde.

Dies ist darauf zurückzuführen, dass Länder, die Öl exportieren, von Banken als kreditwürdig eingestuft werden, und so einen deutlich besseren Zugang zu internationalen Finanzmärkten bekommen. Unter Berufung auf sehr gute Wachstumsprognosen (die auf erwarteten hohen Exporterlösen aus dem Ölgeschäft basieren), die nicht selten von der Weltbank geliefert werden, verschulden sich diese Länder stärker als andere. Gleichzeitig taucht oftmals die „Holländische Krankheit“ auf: Die zunächst guten Gewinne aus dem Ölgeschäft führen zu einer wirtschaftlichen Monokultur. Die restliche Wirtschaft des Landes bleibt unterentwickelt, weil die Öl-Exporteerlöse zu einer Aufwertung der Währung führen und somit andere Güter des Landes international nicht mehr wettbewerbsfähig sind. So spezialisiert sich das Land nach und nach ganz auf den Ölsektor und gerät dabei in eine starke Abhängigkeit von diesem. (Dies gilt natürlich auch für diverse andere Rohstoffe). Die derzeit hohen Ölpreise ermöglichen zwar einigen Ländern, ihre Schulden zurückzuzahlen. Eine ökologisch und ökonomisch zukunftsfähige Entwicklung Öl exportierender Länder, die vor allem auch der armen Bevölkerung nutzt, ist damit aber auch nicht erreicht.

Darüber hinaus werden die geförderten Rohstoffe fast ausschließlich in reiche Länder exportiert. Insofern dient diese Art von Energiepolitik vor allem der strategischen Rohstoffsicherung der Industrieländer anzusehen.

Vor dem Hintergrund der sich verknappenden Ölressourcen (der Höhepunkt der weltweiten möglichen Ölförderung wird 2008 erwartet) haben die G8-Staaten das Energiethema hoch auf ihre Agenda gesetzt. Bis 2030 sollen weltweit Investitionen in Höhe von 17 Billionen US-\$ (!) in Rohstoffgewinnung, Atomkraftwerke und Wasserkraftwerke fließen, bei denen auch die Weltbank eine wichtige Rolle spielen soll. Die intensiverte Förderung fossiler Rohstoffe und die Renaissance der Kernenergie, die in Entwicklungsländern vermutlich auch bald von der Weltbank mit finanziert werden soll<sup>15</sup>, macht deutlich, dass hier die strategischen Interessen der Industrieländer - zunehmend auch der Schwellenländer - oberste Priorität haben, während Armutsbekämpfung und Klimaschutz auf der Strecke bleiben. Profitieren werden dabei vermutlich hauptsächlich die großen Ölkonzerne (wie Shell, BP, und ExxonMobil) und Anlagenbauer (wie Haliburton, Bechtel oder Siemens) wie dies auch in der Vergangenheit der Fall war (siehe Tabelle).

### *Fazit*

Die Energiepolitik der Weltbank hat zwar oberflächlich betrachtet Fortschritte im Bereich Erneuerbare Energien gemacht. Die Steigerung klimaschädlicher großer Staudammprojekte und die Weigerung, aus der Finanzierung von Ölprojekten auszusteigen (wie im Extractive Industries

<sup>13</sup> Climate Change Threatens Wealth Creation in Developing Countries, hg. von World Bank 2006, auf: <http://web.worldbank.org>

<sup>14</sup> Striking a better Balance – The World Bank Group and Extractive Industries: The Final Report of the Extractive Industries Review, Management Response, hg. von der World Bank, 2004, S. i-v.

<sup>15</sup> Weltbank rückt von Privatisierung ab, Frankfurter Rundschau, 04.04.06.

Review gefordert), zeigen jedoch, wie wenig am Image der Weltbank als Vorreiter im Klimaschutz dran ist.

Solange die Weltbank noch die Nutzung und Gewinnung klimaschädlicher Energie mit deutlich höherem finanziellen Aufwand fördert als saubere Energien, sind sämtliche Bekenntnisse zum Klimaschutz Augenwischerei. Dabei muss der Begriff „saubere Energie“ jegliche Form von Atomenergie aufgrund der Strahlenemissionen und des ungeklärten Atommüllproblems kategorisch ausschließen.

Eine Verbindung von Klimaschutz und Armutsreduzierung ist der Weltbank bisher nicht gelungen. Denn dafür müsste sie auf die Förderung fossiler Energieträger verzichten und stattdessen ausschließlich Erneuerbare Energien (ohne große Staudämme) fördern.

Dabei wäre vor allem darauf zu achten, in erster Linie Energie für von Armut betroffene Menschen bereitzustellen und nicht für mehr Wachstum und ausländische Investoren. Sie müsste dazu auf die Förderung einer dezentralen Energieversorgung auf der Basis kleiner Kraftwerke umschwenken.<sup>16</sup>

**Solange die Weltbank Energie für Transnationale Unternehmen statt für Menschen finanziert, ist die Klima- wie die Entwicklungspolitik der Weltbank im Energiesektor verfehlt. Dies ist für eine Institution, die sich als die Speerspitze der globalen Armutsbekämpfung darstellt, mehr als ein Armutszeugnis.**

Roland Jahn und Daniela Setton  
WEED, April 2006

### Die Hauptprofiteure aus Weltbankprojekten im Bereich Fossile Brennstoffe 1992-2004

Rang	Konzern	Herkunft	Mio. \$	Betroffene Länder
1	Haliburton	USA	2575,8	Aserbaidschan, Bangladesch, Brasilien, Tschad, Kamerun, Georgien, Indien, Kasachstan, Mocambique, Russland, Thailand
2	Shell	NL/UK	1888,8	Argentinien, Bangladesch, Bolivien, Brasilien, Kamerun, Gabun, Nigeria, Papua-Neuguinea, Russland, Turkmenistan
3	ChevronTexaco	USA	1589,8	Kamerun, Tschad, Kolumbien, Kongo, Indonesien, Kasachstan, Papua-Neuguinea, Russland, Thailand
4	Total	Frankreich	1402,8	Argentinien, Aserbaidschan, Kamerun, Kongo, Georgien, Russland, Thailand, Türkei
5	ExxonMobil	USA	1367,2	Argentinien, Tschad, Kamerun, Äqu. Guinea, Georgien, Kasachstan, Russland
6	Bechtel	USA	1226,8	Argentinien, Aserbaidschan, Georgien, Indien, Kasachstan, Russland, Tunesien, Türkei, Turkmenistan
7	BP	UK	1218,5	Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Pakistan, Papua-Neuguinea, Russland, Türkei
8	Unocal	USA	938,1	Aserbaidschan, Bangladesch, Georgien, Thailand, Türkei
9	Eni	Italien	917,9	Aserbaidschan, Ecuador, Georgien, Kasachstan, Nigeria, Pakistan, Russland, Türkei
10	BHP	Australien	818,9	Brasilien, Indien, Pakistan, Papua-Neuguinea, Russland
11	British Gas	UK	773,7	Brasilien, Kasachstan, Pakistan, Tunesien
12	Enron	USA	744,8	Aserbaidschan, Brasilien, China, Kolumbien, Georgien, Mocambique, Turkmenistan

Quelle: Jim Valette u. Steve Kretzmann, The Energy Tug of War. The Winner and Losers of World Bank Fossil Fuel Finance, hg. v. Institute for Policy Studies, Washington 2004, S. 4.

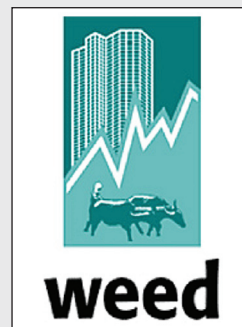
<sup>16</sup> Vgl. Patric McCully, Spreading the Water Wealth. Making Water Infrastructure Work for the Poor, hg. von International Rivers Network, Berkeley 2006.

**Impressum**

Redaktion: Daniela Setton, Roland Jahn  
 V.i.S.d.P.: Daniela Setton

**Weed Berlin**

Torstraße 154, D-10115 Berlin  
 Tel.: +49 - (0)30 - 2758 - 2163  
 Fax: +49 - (0)30 - 2759 - 6928  
 www.weed-online.org, weed@weed-online.org



Diese Publikation wurde mit freundlicher Unterstützung der C.S. Mott Foundation (USA) erstellt.

**WEED** wurde 1990 gegründet und ist eine unabhängige Nichtregierungsorganisation. Sie ist mit dem Ziel angetreten, in der Bundesrepublik Deutschland mehr Bewusstsein für die Ursachen der weltweiten Armuts- und Umweltprobleme zu schaffen. weed engagiert sich in nationalen und internationalen Netzwerken und führt Organisationen und Initiativen in Nord und Süd zusammen.

**Themenschwerpunkte:**

- . Internationale Verschuldung, Entschuldungsinitiativen und die Rolle Deutschlands
- . IWF und Weltbank: Politik, Projekte und Programme
- . Reform und Demokratisierung der internationalen Finanzmärkte
- . Internationale Handelspolitik und WTO
- . Nord-Süd-Politik der Europäischen Union
- . Internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik

**Die Instrumente unserer Arbeit:**

- . Wir erstellen Recherchen, Hintergrundmaterialien und Arbeitspapiere, z.B. den periodisch erscheinenden >>WEED-Schuldenreport<<.
- . weed führt Kampagnen durch, informiert politische Entscheidungsträger und interveniert in politische Entscheidungsprozesse.
- . Wir wollen Bewusstsein schaffen durch die Veranstaltung von Seminaren, Workshops und Tagungen. Wir kooperieren intensiv mit Medien und betreiben Öffentlichkeitsarbeit.
- . weed arbeitet in nationalen und internationalen NRONetzwerken mit.

**Bestellmöglichkeiten**

Broschüren zu unseren Kernthemen finden Sie unter:

<http://www.weed-online.org/bestellungen>

**WEED bewegt - bewegen Sie weed!**

Unterstützen Sie die Arbeit von WEED und spenden Sie:

Bank für Sozialwirtschaft  
 (BLZ 100 205 00)  
 Konto-Nr. 3220600

oder online Spenden:

<http://www.weed-online.org/about/spenden/index.html>

Werden Sie Mitglied:

Einfach das Formular zum Beitritt unter <http://www.weed-online.org/about/join.html> ausfüllen